

Projektinformation

Nicht reden – handeln!



Südafrika Das blutige Ende des Bergarbeiterstreiks von Marikana hat das Land zutiefst erschüttert und das Licht der Weltöffentlichkeit auf die Missstände in der Rohstoffindustrie gelenkt. Vier Jahre danach warten die Hinterbliebenen immer noch auf eine Entschädigung – und darauf, dass die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung endlich gerecht werden. Unterstützung erhalten die Betroffenen von der Bench Marks Foundation, einer Partnerorganisation von Brot für die Welt.

Inhaltsverzeichnis

Landesinformationen	3
Wissenswertes über Südafrika	
Nicht reden – handeln!	4
Das blutige Ende des Bergarbeiterstreiks in Marikana hat Südafrika erschüttert. Doch die Hinterbliebenen der Opfer warten immer noch auf eine Entschädigung.	
„Wir brauchen mehr Sicherheit und vernünftige Wohnungen“	7
Interview mit Power Hafe, der in der Platinmine von Lonmin arbeitet	
Schwarzes Gift	10
Der Kohleabbau hat für die Menschen in Südafrika vor allem negative Folgen.	
„Das Prinzip der Freiwilligkeit funktioniert nicht“	13
Interview mit den Verantwortlichen der Bench Marks Foundation	
„Wir suchen den Dialog“	16
Zwei Vor-Ort-Kontrolleure berichten über ihre Arbeit	
Reden ist Silber – Handeln ist Platin	18
Auf der Aktionärsversammlung von BASF in Mannheim fordern zwei Vertreterinnen der Witwen von Marikana eine Entschädigung.	
„Wir wissen nicht, was unsere Kinder morgen essen sollen“	20
Auszüge aus den Reden der Marikana-Witwen	
„Gesetze könnten helfen“	22
Bischof Seoka über seine Forderungen an die deutsche Politik	
„BASF hätte schon längst reagieren müssen“	24
Brot-für-die-Welt-Mitarbeiterin Sarah Lincoln über Unternehmensverantwortung	
Stichwort: Menschenrechte und Frieden	27
Wie Brot für die Welt hilft	
Medienhinweise	28
So können Sie sich weiter informieren	
Ihre Spende hilft	31
Wie Sie die Arbeit von Brot für die Welt unterstützen können	

Impressum

Redaktion Thorsten Lichtblau, August 2016 **Text** Isabelle Uhe **Fotos**
Cedric Nunn **Gestaltung** FactorDesign

Landesinformation

Südafrika

Die Republik Südafrika grenzt an den Indischen und den Atlantischen Ozean sowie an Namibia, Botswana, Simbabwe, Mosambik und Swasiland. Außerdem umschließt sie das Königreich Lesotho. Mit Pretoria (Regierung), Kapstadt (Parlament) und Bloemfontein (Oberstes Gericht) hat das Land drei Hauptstädte. Es gibt elf Amtssprachen, daneben werden weitere Regionalsprachen gesprochen. Das südliche Afrika gilt als Wiege der Menschheit, Vor- und Frühmenschen siedelten dort bereits vor Millionen von Jahren.

Europäische Seefahrer gelangten um 1500 an die südafrikanische Küste, im 17. und 18. Jahrhundert war das Kap erst niederländische, dann britische Kolonie. Ab 1948 wurden die zu Beginn des Jahrhunderts von den Briten etablierten rassistischen Strukturen der Apartheid weiter ausgebaut und gesetzlich verankert. Menschen wurden nach ihrer Hautfarbe in vier Gruppen eingeteilt, jeder wurden bestimmte Wohngebiete zugewiesen. Nicht-Weiße wurden in allen Lebensbereichen systematisch unterdrückt. Zunehmende Proteste und internationale Kritik führten in den 1990er Jahren zum Ende der Apartheid, einer neuen Verfassung und den ersten freien Wahlen.



Die Flagge Südafrikas wird von einem grünen Streifen in Form eines liegenden Y in eine schwarze, eine rote und eine blaue Fläche unterteilt. Ein schmaler gelber Streifen trennt die schwarze Fläche und den grünen Streifen. Zwischen der blauen bzw. der roten Fläche und dem grünen Streifen befindet sich je ein schmaler weißer Streifen. Die Flagge wurde 1994 mit Inkrafttreten der neuen Verfassung eingeführt. Die Farben Schwarz, Grün und Gelb entstammen der Flagge des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der von 1960 bis 1990 verbotenen Organisation und heutigen Regierungspartei. Rot, Weiß und Blau sind sowohl auf der niederländischen als auch auf der britischen Flagge zu finden.



	Südafrika	Deutschland
Fläche in km ²	1.219.090	357.121
Bevölkerung in Millionen	53,7	80,8
Bevölkerungsdichte in Einwohner/km ²	44	226
Säuglingssterblichkeit in %	3,3	0,3
Lebenserwartung		
Männer	61	78
Frauen	64	83
Analphabetenrate in %		
Männer	4,5	<1
Frauen	6,9	<1
Bruttoinlandsprodukt in Dollar/Kopf	13.200	47.400

Quellen: CIA World Factbook (2016)

Nicht reden – handeln!

Das blutige Ende des Bergarbeiterstreiks von Marikana in Südafrika hat das Land zutiefst erschüttert und das Licht der Weltöffentlichkeit auf die Missstände in der Rohstoffindustrie gelenkt. Vier Jahre danach warten die Hinterbliebenen immer noch auf eine Entschädigung – und darauf, dass die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung endlich gerecht werden. Unterstützung erhalten die Betroffenen von der Bench Marks Foundation, einer Partnerorganisation von Brot für die Welt.

Den 16. August 2012 wird Power Khangelani Hafe bis an sein Lebensende nicht vergessen. An diesem Tag erschoss die südafrikanische Polizei 34 streikende Bergleute. Es waren seine Kollegen. „Niemals hätte ich gedacht, dass es so weit kommen würde“, sagt der kräftige Mann mit gesenktem Blick und leiser Stimme. Power Hafe hätte selbst unter den Toten sein können, er war einer der etwa 3.000 Streikenden. Doch er hatte Glück im Unglück: Seine Streikschrift endete Stunden, bevor die Situation eskalierte. So war er bereits zu Hause, als er von den schrecklichen Vorkommnissen hörte, die als das „Massaker von Marikana“ in die südafrikanische Geschichte eingingen.

Jetzt sitzt der 44-Jährige auf seinem Bett, der einzigen Sitzgelegenheit seiner etwa 12 Quadratmeter kleinen Wellblechhütte, und lässt die Ereignisse von damals Revue passieren. Schräg hinter ihm hängt ein Plakat der Gewerkschaft AMCU. Sie vertritt die Interessen der Minenarbeiter. Für bessere Löhne hätten sie gekämpft, für bessere Arbeitsbedingungen, für ein besseres Leben. Doch der Betreiber der Platinmine, der britische Bergbaukonzern Lonmin, sei nicht auf die Forderungen eingegangen, er sei nicht einmal zu einem Gespräch bereit gewesen. Am siebten Streiktag löste die Polizei eine Protestversammlung der Streikenden mit Tränengas und Wasserwerfern auf. In dem daraufhin entstehenden Tumult feuerten die Polizisten in die Menge, angeblich, weil sie um ihr Leben fürchteten. Power Hafe bezweifelt das: „Einige meiner Kameraden hatten Kugeln im Rücken. Sie wurden von hinten erschossen“, sagt er.

Armes reiches Land

Südafrika ist reich an Bodenschätzen. Hier gibt es riesige Vorkommen an Kohle, Chrom, Mangan, Gold, Diamanten – und eben Platin. Der Wert der unter der Erde schlummernden Ressourcen wird auf 2,3 Billionen Euro geschätzt. Mit einem Anteil von 80 Prozent an der Gesamtfördermenge ist das Land der mit Abstand größte Platin-Produzent weltweit. Das wertvolle Edelmetall ist sehr gefragt: Es findet nicht nur in Schmuck und in Fahrzeugkatalysatoren Verwendung, sondern auch in Computerfestplatten, Mobiltelefonen, Flachbildschirmen und in der Medizintechnik. Doch von der großen Nachfrage profitieren vor allem die Konzerne.

Für die große Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung haben sich die Lebensverhältnisse auch zwanzig Jahre nach dem Ende der Apartheid nur geringfügig verbessert. Zwar gibt es neben der weißen Oberschicht inzwischen auch eine kleine, gut verdienende schwarze Elite. Aber rund 27 Millionen Menschen, etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung, leben



Glück im Unglück Power Hafe war einer der 3.000 Bergarbeiter, die im August 2012 die Arbeit niederlegten. Aber er war nicht unter den Opfern des folgenschweren Polizeieinsatzes.

Projekträger

Bench Marks Foundation

Spendenbedarf

50.000,- Euro

Kurzinfo

Die Bench Marks Foundation ist eine 2001 gegründete Organisation der Kirchen in Südafrika. Sie will erreichen, dass Unternehmen Menschenrechte achten sowie ihrer Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Umwelt gerecht werden. Die Organisation erstellt Studien, in denen sie die Selbstdarstellung der Konzerne mit der Realität vergleicht, hilft den Menschen vor Ort, Missstände zu dokumentieren, und versucht, im Dialog mit Unternehmen und staatlichen Stellen Verbesserungen für die Betroffenen zu erreichen.

unterhalb der Armutsschwelle. Sie wohnen oft dicht an dicht zusammengedrängt in Wellblechhütten-siedlungen ohne Wasser und Strom. Die Arbeitslosenquote beträgt offiziell 25 Prozent. Doch in ländlichen Gebieten ist sie häufig noch weitaus höher.

Harte Arbeit, karger Lohn

Auch Power Hafe war auf der Suche nach Arbeit, als er vor acht Jahren seine Heimat in der Ostkap-Provinz verließ. Er fand sie in der Platinmine von Marikana, einer kleinen Stadt etwa 300 Kilometer nordwestlich von Johannesburg. Die dortige Mine ist die drittgrößte Platinmine weltweit. Hier arbeiten rund 25.000 Menschen. Täglich acht Stunden lang bedient Power Hafe in etwa 1.000 Metern Tiefe einen 40 Kilogramm schweren Bohrhammer. Die Gefahr, dass er irgendwann an Staublungenerkrankt, ist groß. Doch für seine harte und gefährliche Arbeit verdient er nur einen kargen Lohn: zum Zeitpunkt des Streiks lag er bei 5.400 Rand im Monat, rund 360 Euro. Davon muss er Steuern zahlen, seine in der Heimat zurückgebliebene Familie ernähren, die Ausbildung seiner Kinder finanzieren und selbst über die Runden kommen – zu wenig, um in Würde zu leben.

Zwar hat Lonmin die Löhne infolge landesweiter Bergarbeiterproteste inzwischen auf 9.500 Rand angehoben, etwas mehr als 630 Euro. Doch noch immer sehen Power Hafe und seine Kollegen die Unternehmensleitung in der Pflicht: Sie soll sich endlich zu ihrer Mitschuld an der blutigen Eskalation des Konfliktes bekennen, ihren Pflichten im Arbeitsschutz nachkommen und dafür sorgen, dass die 5.500 schon im Jahr 2006 versprochenen neuen Häuser auch tatsächlich gebaut werden.

Verantwortung übernehmen

Dies sind auch Forderungen der Bench Marks Foundation, einer Partnerorganisation von Brot für die Welt. Sie tritt dafür ein, dass südafrikanische Unternehmen – aber auch der Staat – ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft nachkommen. Den Bergbausektor betrachtet die Organisation kritisch: „Die Verdrängung und Entwurzelung der lokalen Bevölkerung, Luft- und Wasserverschmutzung, Prostitution – das sind nur ein paar Beispiele der negativen Auswirkungen des Bergbaus vor Ort“, sagt David van Wyk, Leiter des Forscherteams der Bench Marks Foundation. „Die lokale Bevölkerung hat keinen Nutzen von dieser Industrie.“

Ein wesentliches Anliegen der Bench Marks Foundation ist es, auf den krassen Gegensatz zwischen der positiven Selbstdarstellung der Unternehmen und ihrem wirklichen Verhalten aufmerksam zu machen. Aus diesem Grund untersucht die Organisation PR-Materialien von Konzernen wie Lonmin und vergleicht die dort aufgestellten Behauptungen und Versprechen mit den Tatsachen.

Misstände dokumentieren

Dafür ist der direkte Kontakt zu den Betroffenen in den Abbaugebieten äußerst wichtig. Die Bench Marks Foundation bildet daher Freiwillige, meist junge Menschen, die in den jeweiligen Gemeinden geboren und aufgewachsen sind, zu „Vor-Ort-Kontrollleuten“ aus. Sie dokumentieren Menschen-



Gigantische Ausmaße Die Platinmine von Lonmin in Marikana ist die drittgrößte weltweit.

rechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen und machen sie mit Hilfe der Neuen Medien öffentlich: durch Blogs, Podcasts, Fotos und Videos auf ihrer eigenen Website. Doch die Arbeit der Kontrolleure geht über das reine Dokumentieren hinaus: Sie stärken auch die lokalen Gemeinden, in dem sie die Menschen über ihre Rechte aufklären.

Eine dieser Kontrolleurinnen vor Ort ist die Studentin Amogelang. Von ihrem Haus aus sieht man die Abraumhalden der Platinmine von Marikana. Wenn es windig ist, wird giftiger Staub aufgewirbelt und verdunkelt den Horizont. Täglich atmen die Anwohnerinnen und Anwohner das giftige Gemisch ein, das unter anderem Schwefeldioxid enthält. „Viele Menschen hier leiden unter Atemwegserkrankungen“, berichtet Amogelang. Ihre Nachbarin Themba arbeitet unter Tage als Reinigungskraft. Ihr Kind kam bereits mit Asthma zur Welt. „Das Unternehmen hat angekündigt, die Halden abzudecken, so dass wir dem Staub nicht mehr ausgesetzt sind. Doch nichts ist geschehen“, klagt die junge Frau. Jetzt setzt sie ihre Hoffnung auf die Unterstützung der Bench Marks Foundation. Die Organisation genießt in Südafrika einen sehr guten Ruf. Mit ihrer engagierten Öffentlichkeitsarbeit hat sie es geschafft, die Missstände im Bergbau in die Medien zu bringen – oft genug der einzige Weg, die Konzerne zum Handeln zu bewegen.

Wut und Schmerz sind nicht verflogen

Nicht weit entfernt von Power Hafes Zuhause versammeln sich einige Witwen der erschossenen Bergarbeiter im Schatten einer großen Akazie. Sie treffen sich regelmäßig und unterstützen sich, wo sie können. Lonmin bot allen betroffenen Frauen Arbeit im Unternehmen an, oft den gleichen Job, den ihre Männer unter Tage ausführten. Der Großteil von ihnen hat das Angebot aus Verzweiflung über das fehlende Einkommen angenommen. Doch ihre Wut und den Schmerz hat das nicht gemindert: „Wir verlangen, dass sich das Unternehmen entschuldigt. Und wir fordern eine Entschädigung – auch wenn das unsere toten Ehemänner nicht wieder lebendig macht.“

In der Verantwortung sehen viele auch BASF, einen der wichtigsten Geschäftspartner von Lonmin. Das Ludwigshafener Unternehmen verwendet das Platin aus Südafrika für den Bau von Katalysatoren. „Sie hätten die Situation vor Ort besser prüfen, ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen und mehr Druck auf Lonmin ausüben müssen, die Witwen zu entschädigen“, sagt David van Wyk von der Bench Marks Foundation. Doch bislang vermeidet der Konzern eine klare Stellungnahme. Stattdessen versteckt er sich hinter schönen Worten: „Menschenrechte schützen die Würde jeder Person. Die Menschenrechte bei unseren Geschäftstätigkeiten und Geschäftsbeziehungen zu achten, ist die Grundlage unserer sozialen Verantwortung“, heißt es auf der Website von BASF.



Analyse Die „Vor-Ort-Kontrolleure“ testen unter anderem die Qualität des Wassers.

Kostenbeispiele

Produktion von 50 Newslettern für betroffene Gemeinden:	44 Euro
Material für 5 Workshops mit 15 Teilnehmer/innen:	118 Euro
Digitales Aufnahmegerät für Interviews in den Gemeinden:	147 Euro

„Wir brauchen mehr Sicherheit und vernünftige Wohnungen“

Power Khangelani Hafe, 44, arbeitet seit sieben Jahren in der Platinmine von Lonmin in Marikana. Im Interview spricht er über seine Arbeitsbedingungen, die Erschießung seiner Kollegen im August 2012 und darüber, was er sich von seinem Arbeitgeber wünschen würde.

Herr Hafe, erzählen Sie uns über sich: Woher kommen Sie, seit wann sind Sie hier in Marikana, was machen Sie hier?

Mein Name ist Power Khangelani Hafe. Ich bin in der Provinz Ostkap geboren und seit 2007 hier in Marikana. Im Jahr 2009 habe ich einen Job bei Lonmin bekommen. Ich bin für die Felsbohrungen in Schacht „K3“ in der Karee-Mine zuständig.

Wie sieht Ihr Tagesablauf aus?

Um 3:30 Uhr morgens fahre ich mit dem Bus los, eine halbe Stunde später komme ich am Schacht an. Dann geht es mit dem Lift runter in die Mine. Das dauert etwa 30 Sekunden. Dann laufen wir etwa 30 Minuten zum ersten Warteraum, wo wir eine Einsatzbesprechung mit dem Teamleiter haben. Anschließend geht es weiter zum nächsten Warteraum. Da ziehen wir uns um.

Welche Kleidung bzw. Schutzkleidung tragen Sie?

Wir tragen einen Blaumann, einen Helm, Stiefel, Handschuhe, Ohrstöpsel, Mundschutz und eine Sicherheitsbrille.

Aus welchem Material ist der Mundschutz gemacht?

Aus Papier.

Aus Papier? In der Art, wie man ihn in Krankenhäusern benutzt?

Ja, in der Art. Er ist nicht sehr dick.

Was passiert nach dem Umziehen?

Dann gehen wir zum Gestein. Dort beurteilen wir die Situation und die Sicherheitslage, nachdem die Felsen von der vorherigen Schicht vorbereitend gesprengt wurden. Wir prüfen, ob es hängendes, loses Gestein gibt. Dann bohre ich bis zu drei Meter hinein. Ist das Gestein locker, müssen wir beurteilen, wie locker es ist und wenn wir es nicht manuell aus der Wand bekommen, sichern wir es mit einem Netz und arbeiten weiter daran.

Wie lange arbeiten Sie täglich, machen Sie auch Pause?

Ich arbeite achteinhalb Stunden täglich und mache 30 Minuten Pause. Aber wir schalten nur die Maschinen aus und schauen, dass alles abgesichert ist.

Sind die Sicherheitsmaßnahmen Ihres Erachtens ausreichend?

Nein. Es müsste eigentlich zwei Menschen geben, die sich gegenseitig sichern. Auch die Verletzungen sind ein Problem.



Spricht über seinen Alltag
Power Hafes Arbeit birgt viele eigentlich vermeidbare Gefahren.

Wie wird im Verletzungsfall vorgegangen?

Die Teamleiter bekommen Boni, die umso geringer werden, je mehr Verletzungen und Unfälle es gibt. Aus diesem Grund wird den Arbeitern gesagt, sie sollten nicht sofort alles melden. Folglich arbeiten viele Kollegen mit Verletzungen weiter, die sich dann entzünden.

Gibt es regelmäßig Unfälle?

Ja, es gibt oft Zusammenstöße mit den Lastenbahnen oder wenn einem ein Stein auf den Kopf fällt und der Helm nicht standhält. Es gibt viele Kopfverletzungen.

Ist das der Helm, den Sie tragen? [Hinter Power Hafe liegt ein Helm. Er sieht aus wie ein sehr einfacher Bauhelm.]

Ja, das ist mein Arbeitshelm.

Was passiert, wenn jemand verletzt wird?

Wenn jemand schwer verletzt wird, meldet das der Teamleiter an andere Abteilungen, die dann Hilfe rufen. Meistens werden die Verletzten im Gesundheitszentrum von Lonmin versorgt. Wenn es eine besonders schwere Verletzung ist, wird ein Helikopter gerufen.

Haben Sie im August 2012 ebenfalls für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gestreikt?

Ja, ich war einer der Streikenden. Ich war am 16. August auf dem Koopjie [dem Hügel, auf dem sich die ca. 3.000 Streikenden versammelten]. Zu dem Zeitpunkt war ich bereits Mitglied der Gewerkschaft AMCU. 2011, als die ersten Streiks begonnen haben, hat meine alte Gewerkschaft, NUM, der Firma Lonmin geraten, eine Entlassungswelle auszulösen. Nachdem wir dann wieder eingestellt wurden, bin ich zur AMCU gewechselt. Heute sind 90 Prozent der Belegschaft von Lonmin Mitglied bei AMCU. Wir treffen uns zweimal im Monat.

Was waren Ihre Beweggründe, sich dem Streik anzuschließen?

Es war die Ungleichbehandlung zwischen den Bergarbeitern der verschiedenen Minen. In den Minen Western und Eastern Platinum hat jeder Schlagbohrarbeiter einen Sicherheitsassistenten. In K3 haben wir keine Assistenten und werden schlechter bezahlt, obwohl wir die Arbeit für zwei machen. Letztlich aber ging es allgemein um einen besseren Lohn für alle. Heute verdienen wir durchschnittlich 9.500 Rand brutto [etwa 630 Euro]. Das reicht aber nicht, um eine ganze Familie zu ernähren. Wir fordern ein Gehalt von 12.500 Rand [etwa 840 Euro].

Hätten Sie gedacht, dass es jemals so weit kommen würde, dass auf Sie geschossen würde?

Nein. Ich hätte niemals gedacht, dass Menschen getötet würden. Als die Stacheldrahtzäune aufgestellt wurden, dachten wir erst, dass über sie hinweg die Verhandlungen geführt werden sollten. Aber es stellte sich hinterher heraus, dass die Polizisten dahinter Schutz suchten, um von dort aus

schießen zu können. Zu dem Zeitpunkt, als der Zaun gebaut wurde, ging ich aber bereits vom Berg herunter, um Feierabend von meiner Streikschrift zu machen. Außerdem war ich an einer Grippe erkrankt. Erst zu Hause hörte ich, dass meine Kameraden getötet worden waren.

Abgesehen von höheren Löhnen: Welche Forderungen haben Sie noch?

Wir brauchen ein Wohnraumprogramm, das all diese Hütten hier beseitigt. Wir benötigen vernünftige Wohnsiedlungen, mit Busanbindungen, um zur Arbeit zu kommen und zurück nach Hause. Wir benötigen Licht, auch für mehr Sicherheit. Nachts sind viele Kriminelle unterwegs. Manchmal, früh morgens gegen 3:30 Uhr, kommt der Bus nicht, der uns zur Mine bringen soll. Dann müssen wir über eine Stunde im Dunkeln laufen. Es ist sehr unsicher und oft passiert etwas. Wir werden aus dem Hinterhalt überfallen und niedergeschlagen. Daher müssen wir manchmal ein Taxi nehmen und das ist richtig teuer.

Schwarzes Gift

Kohle ist eines der Hauptexportprodukte Südafrikas, es wird in 64 Bergwerken abgebaut. Doch die negativen Folgen für Mensch und Umwelt sind erheblich. Die Bench Marks Foundation will erreichen, dass Unternehmen soziale und ökologische Mindeststandards einhalten.

Mpumalanga – Ort der aufgehenden Sonne – nennt sich die Provinz im Nordosten Südafrikas. Doch die Sonne ist in Mpumalanga den ganzen Tag über kaum zu sehen. Wohin man auch schaut, kriechen dunkle Wolken aus hohen Schornsteinen in den Himmel. Überall bäumen sich Kraftwerke oder Tagebaue mit ihren riesigen Abraumhalden auf. In Mpumalanga wird 90 Prozent der Kohle Südafrikas gefördert.

Das „schwarze Gold“ ist eines der Hauptexportprodukte des Landes, es wird in 64 Bergwerken abgebaut. Die Stromerzeugung Südafrikas hängt zu 91 Prozent von Kohleverbrennung ab, die wiederum die größte Luftbelastungsquelle für das Land ist. Weitere Verwendung findet der Rohstoff in Stahlfabriken sowie in Privathaushalten, die nicht an das Stromnetz angeschlossen sind. Alle elf Kohlekraftwerke des Landes befinden sich in der Provinz Mpumalanga. Eines der weltweit größten Kraftwerke namens „Kusile“ ist nur wenige Kilometer von der Stadt eMalaheni entfernt. Die Menschen hier leiden unter Luft- und Wasserverschmutzung sowie teils dramatischer Wasserknappheit, die durch die Dürre, die bereits seit dem Jahr 2015 weite Teile des südlichen Afrikas erfasst, extrem verschärft wird.

Khabo Martha Madonsela lebt mit ihren sechs Kindern auf etwa 30 Quadratmetern in einem kleinen Wellblechhaus in einer Hützensiedlung am Rande von eMalaheni. Nachdem ihr Mann vor 13 Jahren an Tuberkulose starb, musste sie die Kinder allein großziehen. Er hatte sein ganzes Leben lang in einer Kohlemine gearbeitet. Das einzige Einkommen, das die Familie ernährt, ist das der Tochter: Sie hat einen Job in einem Supermarkt gefunden. „Die Arbeitslosigkeit ist ein großes Problem hier. Die Unternehmen versprechen, die Menschen aus dem Ort anzustellen, doch sie halten ihre Versprechen nicht ein.“ Hinzu kämen die vielen Gesundheitsprobleme. „Der Staub macht uns zu schaffen. Er weht von den Lkw hinunter, die die Kohle zum Stahlwerk transportieren“, sagt Khabo Martha Madonsela. „Wir haben Atemwegsprobleme. Wenn wir zum Arzt gehen, sagt er uns, dass es nur eine Erkältung und sicherlich bald schon wieder vorbei sei. Aber wir haben Schwierigkeiten zu atmen, und mein Sohn hat schon lange Probleme mit seinen Augen. Nicht einmal der Arzt nimmt uns ernst.“ Wenn sie einen der Manager sprechen könnte, würde sie ihm sagen, wie sehr die Menschen zu kämpfen haben, um ein Leben in Würde zu führen.

Ein Leben in Würde – darum geht es auch der Bench Marks Foundation, einer langjährigen Partnerorganisation von Brot für die Welt mit Sitz in Johannesburg. Die Organisation setzt sich in Südafrika und darüber hinaus dafür ein, dass Unternehmen ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Umwelt nachkommen. Anhand umfassender Recherchen prüft sie, ob die Unternehmen den Standards, denen sie sich verpflichtet haben, auch gerecht werden. Vor-Ort-Kontrolleure, meist junge Freiwillige,



Familienoberhaupt Khabo Martha Madonsela (Zweite von links) trägt seit dem Tod ihres Mannes die alleinige Verantwortung für ihre sechs Kinder.

sammeln diese Fakten. In ihren jeweiligen Gemeinden recherchieren sie Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen. Immer wieder stoßen sie auf kranke Menschen, schwer belastete Luft und verseuchte Gewässer. Anschließend machen sie diese Missstände in ihrem regelmäßig erscheinenden Newsletter „Action Voices“ der Öffentlichkeit zugänglich – und üben somit Druck auf die Unternehmen und den Staat aus, die Gesetze einzuhalten beziehungsweise ihre Einhaltung zu kontrollieren.

Die Erkundung einer verlassenen Kohlemine am Rande von e-Malahleni bietet ein tristes Bild: ein etwa 20 Meter hoher Hügel mit schwarzem Abraum schlängelt sich viele Hundert Meter durch die Siedlungen. Es riecht nach Gas, der Boden ist extrem heiß, hier und da steigt Rauch auf. Tief im Boden lodern Schwelbrände und verhindern das Zuschütten der Schächte, Löschversuche würden enorme Explosionen im Erdinneren hervorrufen. Die nächste Siedlung ist nur einen Steinwurf entfernt. Weite Teile der Landschaft sind mit einer weißen Schicht bedeckt, die auch die Ufer und Seitenarme des Olifants-Flusses umfasst. Die Ablagerungen deuten auf einen hohen Gehalt an Säuren hin. „Die Kinder der umgebenden Siedlungen spielen hier oder gehen im Fluss baden. Wir können doch das Ufer nicht mit Verbotsschildern bepflastern“, schimpft Susan Moraba, eine der Vor-Ort-Kontrolleurinnen. „Durch saures Grubenwasser wird das Grundwasser verunreinigt. Es ist als Trinkwasser nicht mehr brauchbar – und das bei unserer landesweiten Wasserknappheit“, sagt sie.

Auch Chris Molebatsi, einer der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Bench Marks Foundation, ist entsetzt: „Wir können das nicht länger dulden“, meint er. „Der Abbau und die Verbrennung von Kohle zerstören die Ozonschicht, unsere Umwelt und unsere Gesellschaft. Menschen sterben daran, jetzt, in diesem Moment. Diese Umweltverschmutzung zerstört uns und den Planeten. Wir müssen über Alternativen nachdenken.“

Eine Energiewende tut Not

Alternativen und ein Umschwenken in Richtung erneuerbarer Energien ist notwendiger denn je, denn eMalahleni gehört zu den Orten mit der stärksten Luftverschmutzung weltweit. Neben Kohlendioxid werden auch extrem gesundheitsschädliche Substanzen wie Schwefeldioxid und Quecksilber freigesetzt. 2007 erklärte die südafrikanische Regierung die Region zu einem „Schwerpunktgebiet für die Verbesserung der Luftqualität“ und erkannte somit die Dringlichkeit des Problems an. „Doch viel hat sich für die Bevölkerung hier seitdem nicht verändert. Was uns bleibt, ist, die Schäden aufzudecken und zu veröffentlichen“, sagt Chris Molebatsi. Südafrika ist der größte CO₂-Emittent auf dem afrikanischen Kontinent. Die Regierung versprach zwar sowohl auf dem Klima-Gipfel COP21 in Paris als auch bei anderen Gelegenheiten, die Klimaziele erreichen zu wollen. Der Neubau der zwei großen Kraftwerke Medupi und Kusile lässt jedoch den Rückschluss zu, dass den Worten vorerst keine Taten folgen werden. Anscheinend will sich das Land in näherer Zukunft nicht auf den notwendigen Weg der flächendeckenden Nutzung erneuerbarer Energien begeben. Für die nächsten 20–30 Jahre wird Südafrika Kohle wohl weiterhin als Hauptenergieträger nutzen – bis die Vorkommen gänzlich erschöpft sind.



Über Alternativen nachdenken

Chris Molebatsi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bench Marks Foundation. Er dokumentiert und veröffentlicht die Schäden, die durch den Kohleabbau entstehen.

Die Bench Marks Foundation wird sich weiter dafür einsetzen, dass beide Seiten – der Staat und die Bergbauunternehmen – ihren Verpflichtungen nachkommen. Sie fordert die Einrichtung eines Fonds, in den alle Bergbauunternehmen in Südafrika, also ausländische wie inländische Firmen, einzahlen. „Das Geld soll lokalen Organisationen zugute kommen. Damit könnten sie dann zum Beispiel eigene Experten einstellen, um die Situation vor Ort zu analysieren. Wir wollen also Chancengleichheit schaffen“, berichtet John Capel, der Geschäftsführer der Bench Marks Foundation. „Denn wir fragen uns oft, wie wir langfristige Veränderung erreichen können. Und wir denken, die richtige Antwort lautet: durch starke Gemeinden, die gut organisiert sind, für sich sprechen können und sich der Situation, in der sie sich befinden, bewusst sind. Sie brauchen Vertrauen in sich, um die Dinge selbst in die Hand nehmen zu können und nötigenfalls auch vor Gericht zu ziehen. Veränderung ist ein Prozess. Veränderung passiert nicht über Nacht.“

„Das Prinzip der Freiwilligkeit funktioniert nicht“

Ein Interview in der Geschäftsstelle der Bench Marks Foundation in Johannesburg mit John Capel (Geschäftsführer), David van Wyk (beratender Wissenschaftler) und Hassan Lorgat (Advocacy- und Lobbying-Berater).

Marc Cutifani, der Geschäftsführer von AngloAmerican, dem weltweit größten Platinproduzenten, behauptet, dass der Bergbausektor Südafrika zur am weitesten entwickelten Volkswirtschaft Afrikas gemacht hat. Wie sehen Sie das?

David van Wyk: Nun, es ist richtig, dass Südafrika zu den größten Volkswirtschaften Afrikas gehört. Ich denke, zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Land zu 98 Prozent der Luftverschmutzung und zu 86 Prozent der Abfallproduktion des Kontinents beiträgt. Wir vernichten systematisch unsere Wasserressourcen, wir fangen an, sogar das Wasser unserer Nachbarn zu nutzen, denn unser eigenes neigt sich dem Ende zu. Und bald, nehme ich an, werden südafrikanische Flüchtlinge an die Grenze zu Simbabwe strömen, da wir kein Wasser mehr haben, um die Bevölkerung zu versorgen. Ist das Entwicklung? Hinzu kommt: Wenn sie die Bodenschätze abgebaut haben, verlassen die Bergbauunternehmen die Minen einfach, ohne sich um die Folgen für die Umwelt zu kümmern. Wir haben in Johannesburg etwa 600 verlassene Minen, im ganzen Land gibt es etwa 6.000. Diese verlassenen Minen tragen auch noch zur Verseuchung des Wassers bei. Es wurden riesige Flächen Land zerstört, die unter anderem landwirtschaftlich hätten genutzt werden können. Nennen wir dies Afrikas am weitesten entwickelte Wirtschaft?

John Capel: Johannesburg ist auf Gold gebaut, im wahrsten Sinne des Wortes. Es ist wahr, dass die Bodenschätze der Stadt und seiner verarbeitenden Industrie zu einem Entwicklungsschub verholfen haben. Und auch, dass AngloAmerican da eine Schlüsselrolle gespielt hat. Aber es ist eine Entwicklung, die viele Menschen ausschließt. Die soziale Ungleichheit in diesem Land ist immens.

Hassan Lorgat: Wenn es überhaupt eine Entwicklung gab, dann müssen wir ehrlich sein und sagen, dass sie vor allem den Weißen zugute gekommen ist. Die Bergbauindustrie hatte großen Einfluss auf das Apartheidsystem, sie hat die Politik damals mitbestimmt. In den Minen arbeiteten meist schwarze Wanderarbeiter, die schlecht bezahlt wurden und ihr Leben aufs Spiel setzten. Die Toten in den Minen wurden als „Kollateralschaden“ betrachtet, um den Lebensstandard der weißen Mittelschicht aufrechtzuerhalten.

Das heißt, die Rohstoffindustrie hat für die Mehrheit der Bevölkerung keine Vorteile?

David van Wyk: Wir, die Bench Marks Foundation, schauen auf die Lebensumstände der Menschen. Wie sehen sie vor Beginn der Rohstoffförderung aus? Welche Auswirkungen hat der Abbau während des Betriebs, aber auch nach der Schließung der Minen auf die lokale Bevölkerung: auf ihre Kultur, ihre Identität, ihre menschliche Würde. Das Einzige, was der Bergbau diesen Menschen bieten könnte, wenn wir von Entwicklung sprechen,



Verurteilt soziale Ungleichheit

John Capel ist der Geschäftsführer der Bench Marks Foundation. Er beklagt, dass ein Großteil der Bevölkerung vom wirtschaftlichen Aufschwung ausgeschlossen ist.

sind Arbeitsplätze. Aber das passiert nicht. Wenn man sich die Statistiken von Rustenburg anschaut, wo es sehr viele Minen gibt, sieht man, dass dort nur wenige Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung geschaffen wurden. Es gibt eine extrem hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen, in manchen Gegenden liegt sie sogar bei 70 Prozent. Auch in Riverlea, Soweto: keine einzige Person aus der Umgebung ist in den Minen tätig; in Diepskloof das gleiche: nicht eine Person. Wo sind die Arbeitsplätze, die ihnen versprochen wurden? Sie existieren nicht.

Viele Unternehmen reden von ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung. Woran liegt es, dass sie dieser bislang offensichtlich nicht nachkommen?

John Capel: Unternehmensverantwortung, die so genannte Corporate Social Responsibility (CSR), beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Die Unternehmen veröffentlichen zwar Berichte, in denen sie ihre CSR-Strategien darlegen. Doch niemand kontrolliert, ob und wie diese umgesetzt werden. Daher hat die Bench Marks Foundation als erste Organisation überhaupt ordnungsgemäße Kontrollen durchgeführt. Das verunsichert die Industrie, denn sie verdient mit ihrem Geschäft Milliarden, und das Interesse ist groß, den Status quo zu erhalten. Es hat sich gezeigt: Das Prinzip der Freiwilligkeit funktioniert nicht – es braucht zivilgesellschaftliche Organisationen, die die Unternehmen beobachten und kontrollieren, so wie die Bench Marks Foundation.

Warum sorgt der Staat nicht dafür, dass die Unternehmen ihrer Verantwortung gerecht werden?

John Capel: In Südafrika haben wir eine gute Verfassung und gute Umweltgesetze. Die Ministerien wären also durchaus in der Lage, zum Beispiel Umweltfolgenabschätzungen durchzuführen. Aber es gibt Interessenkonflikte. Wirkliche Überprüfungen finden nicht statt, aus Angst vor einem Kapitalabzug der Unternehmen. Die regierende Partei kann die Wahlen nicht ohne deren Unterstützung gewinnen. In manchen Provinzen wird der African National Congress (ANC) auch Anglo National Congress genannt, in Anlehnung an das Bergbauunternehmen Anglo American. Die „Drehtür“ zwischen der Bergbauindustrie und der Politik, die schon von Cecil Rhodes im 19. Jahrhundert eingeführt wurde, dreht sich weiterhin sehr schnell. Cecil Rhodes war der Chef der größten Bergbaufirma in Südafrika und gleichzeitig Premierminister der Kapkolonie. Er hat sein politisches Amt genutzt, um das Wohl seiner Firma zu fördern. Und das passiert auch heute noch: Anglo nutzt seine Beziehungen in die Politik, um die Interessen des Unternehmens durchzusetzen.

Wie will die Bench Marks Foundation den Menschen helfen, die von den negativen Auswirkungen des Bergbaus betroffen sind?

John Capel: All die Arbeit, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, die vielen Studien, die wir veröffentlicht haben, zeigen uns, wie sehr die Bevölkerung unter den Abbauaktivitäten leidet. Die Menschen können manchmal nicht absehen, was es für sie und die Umwelt bedeutet, wenn eine



Desillusioniert David van Wyk, beratender Wissenschaftler der Bench Marks Foundation, hat festgestellt, dass durch den Bergbau keine Arbeitsplätze für die Menschen vor Ort entstanden sind.

Mine eröffnet wird. Wenn sie zu den Informationsveranstaltungen gehen, zu denen die Unternehmen Berater und Ingenieure schicken, bekommen sie nur die positiven Seiten der Bergbauaktivitäten zu hören. Die negativen Seiten werden heruntergespielt: Umweltverschmutzung, negative Folgen für die Gesundheit, versprochene, aber nicht durchgeführte Infrastrukturprojekte, Umsiedlungen in Gegenden mit schlechteren Lebensbedingungen... Wir sind daher der Überzeugung, dass die Minenbetreiber in einen unabhängigen Fonds einzahlen sollten. Das Geld sollte dann lokalen Organisationen zugute kommen. Damit können sie zum Beispiel eigene Experten einstellen, um die Situation vor Ort zu analysieren. Wir wollen also Chancengleichheit schaffen. Daran werden wir in der nächsten Zeit arbeiten. Wir denken auch daran, eine Art „Ratingagentur“ aufzubauen. Sie soll Unternehmen im Hinblick auf ihr soziales und ökologisches Engagement bewerten. Diese Bewertung könnte dann ein Entscheidungskriterium für Investoren sein, die das Thema Nachhaltigkeit und soziale Unternehmensverantwortung ernst nehmen. Nicht zuletzt arbeiten wir weiterhin am Aufbau der Bench-Marks-Forschungseinrichtung an der Northwest University, um auch in Zukunft wertvolle Studien und Situationsberichte erstellen zu können. Und wir konzentrieren uns auf den Ausbau der Community Monitoring School, um Vor-Ort-Kontrolleure auszubilden und unseren Informationsaustausch zu erleichtern und das Kommunikationsnetzwerk zu festigen.

„Wir suchen den Dialog“

Zwei freiwillige Vor-Ort-Kontrolleure der Bench Marks Foundation berichten über ihre Arbeit.

„Die größte Herausforderung ist der Zugang zu Wasser“

„Ich lebe in Welkom. Die Stadt liegt in einem Gold- und Urangürtel namens Witwatersrand. Hier gibt es viele Minen. Meine Gruppe kontrolliert die Arbeit der Stadtverwaltung einerseits und das Verhalten der Unternehmen andererseits. Wenn die Unternehmen gegen Auflagen verstoßen, treten wir in Kontakt mit ihnen und suchen den Dialog. Vor allem aber besteht unsere Arbeit aus der Recherche vor Ort.

Die größte Herausforderung in der Gegend ist der Zugang zu Wasser. Für den Abbauprozess benötigen die Minen täglich sehr viel davon. Deshalb haben die Gemeinden weniger zur Verfügung, besonders in Zeiten der Trockenheit. Wir sprechen mit den Gemeindemitgliedern, fragen sie, ob sie genug Wasser haben, und messen die Qualität.

Auch hier in Welkom gibt es verlassene Minen, die nicht vernünftig geschlossen wurden bzw. deren Areale nicht saniert wurden. Daraus entstehen Umweltbelastungen, die die Gesundheit der Menschen vor Ort beeinträchtigen. Wir decken diese Missstände auf. Die Informationen hinterlegen wir in der Datenbank des Online-Mapping-Systems „Ushahidi“, auf das die Bench Marks Foundation in Johannesburg ebenfalls zugreifen kann. Zudem veröffentlichen wir unsere Erkenntnisse in dem monatlich erscheinenden Newsletter „Action Voices“, zu dem alle lokalen Vor-Ort-Kontrolleure beitragen. Da ich Erfahrung als Autor und Blogger habe, kann ich anderen beim Verfassen von kurzen Artikeln und langen Reportagen helfen.“

Sobantu Mzwakali, 22, Student, Vor-Ort-Kontrolleur in Welkom. Schon bevor er als Freiwilliger zur Bench Marks Foundation kam, bloggte er und schrieb Artikel über politische und wirtschaftliche Themen.



Erfahrener Blogger Sobantu Mzwakali deckt Missstände auf und schreibt darüber.

„Es gibt auch Positives zu berichten“

„In meiner freien Zeit bin ich als Vor-Ort-Kontrollleurin in meiner Heimatstadt Marikana tätig. Zusammen mit anderen Freiwilligen habe ich vor einigen Monaten eine Veranstaltung organisiert, mit der wir die Menschen auf die gesundheitlichen Risiken des Bergbaus in unserer Region aufmerksam machen wollten. Marikana ist von Abraumhalden umgeben. Wenn es windig ist, weht der ganze toxische Staub der Halden zu den Siedlungen herüber und vergiftet unsere Atemwege. Einige Kinder, wie zum Beispiel der Sohn meiner Nachbarin, leiden nun bereits im Babyalter unter Asthma. Wir wollten, dass die Menschen in unserer Stadt wissen, was die Krankheit auslöst, welche negativen Auswirkungen der Bergbau hat.

Am Tag der Veranstaltung kamen einige Männer zum Veranstaltungsort und bedrohten uns. Sie sagten in einem sehr rauen Ton, dass wir das nicht machen sollten, dass wir Lonmin nur in ein schlechtes Licht rücken wollten. Wir hatten Angst und sagten die Veranstaltung ab. So einfach, wie ich zu Beginn dachte, sind die Dinge hier nicht.

Wir versuchten es ein paar Monate später erneut, auch wenn wir ziemlich eingeschüchtert waren. Dieses Mal fand das Treffen tatsächlich statt. Nur war die Resonanz nicht so gut, wie wir gehofft hatten. Die Menschen haben noch immer Angst, offen über ihre Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse zu sprechen.

Aber es gibt auch Positives zu berichten: Nachdem wir landesweit darauf aufmerksam gemacht hatten, dass Frauen, die in den Minen arbeiten, häufig Opfer von sexueller Belästigung und Gewalt sind, haben einige Firmen tatsächlich versucht, die Situation der Frauen zu verbessern und ein größeres Bewusstsein für das Problem zu schaffen. Die Zahl der Vergewaltigungen und von sexueller Belästigung ist daraufhin zurückgegangen. Mehr Frauen gehen auch mittlerweile wieder in die Schule, um später die Chance zu haben, bessere Jobs zu bekommen. Ich denke, das ist ein positives Signal.“

Amogelang Tabane, 22, Studentin aus Marikana



Mutig Die Studentin Amogelang Tabane trotz aller Einschüchterungsversuchen.

Reden ist Silber – Handeln ist Platin

Im April 2016 reiste eine südafrikanische Delegation nach Deutschland, um auf der Aktionärsversammlung von BASF Konsequenzen aus dem Massaker von Marikana einzufordern. Doch bislang weist der weltgrößte Chemiekonzern jegliche Verantwortung von sich.

In der Abenddämmerung stehen die Witwen von Marikana rings um ein großes Bild, das sie während eines therapeutischen Workshops gemalt haben. „Hier sieht man, wie das Platin gefördert und weiterverarbeitet wird“, erklärt eine von ihnen. „Und hier sieht man die Aktionäre von BASF, wie sie reicher und reicher werden“, fährt eine andere fort. „Denn mit dem Platin aus Südafrika baut BASF saubere Motoren für Autos wie dieses hier. Die Männer halten den Schlüssel in der Hand, ihren Profit. Hier sieht man, wie wir, die Witwen, leiden. Denn Lonmin will uns nicht helfen. Wir bitten BASF, als einen großen Kunden von Lonmin, uns beizustehen, mit besserem Wohnraum, besseren Löhnen und Unterstützung für unsere Kinder. Wir sagen: Plough back the fruits! Geben Sie uns etwas zurück von Ihrem Gewinn!“

Ntombizolile Mosebetsane ist eine der Witwen von Marikana. Nachdem ihr Mann während des Streiks im August 2012 mit mehreren Kugeln in den Rücken erschossen wurde, bot ihr der britische Minenbetreiber Lonmin eine Arbeitsstelle als Reinigungskraft an. Sie hatte keine Wahl, wie auch die Mehrheit der anderen Witwen. Nun putzt sie die Büros der Manager, die den Tod ihres Mannes mit zu verantworten haben. Denn dies hat der 2016 veröffentlichte Untersuchungsbericht der Farlam-Kommission bestätigt. Die Kommission hat die Umstände untersucht, die zu dem Massaker am 16. August 2012 führten.

Im April 2016 reiste die 41-jährige Mosebetsane bis nach Mannheim, um die Forderungen der Witwen an BASF zu übermitteln. Gemeinsam mit Agnes Makopano Thelejane, einer weiteren Vertreterin der Witwen von Marikana, Mitarbeiterinnen der Khulumani Support Group, die den therapeutischen Workshop organisierte und die Witwen auf ihrem schweren Weg begleitet, sowie Bischof Jo Seoka, dem Vorstandsvorsitzenden der Bench Marks Foundation, trugen sie ihr Anliegen auf der Aktionärsversammlung von BASF vor. 6.000 Anwesende hörten den Rednerinnen und Rednern zu. Bischof Seoka hatte bereits ein Jahr zuvor auf der Versammlung gesprochen.

„Menschenrechte schützen die Würde jeder Person. Die Menschenrechte bei unseren Geschäftstätigkeiten und Geschäftsbeziehungen zu achten, ist die Grundlage unserer sozialen Verantwortung“, heißt es auf der Website von BASF. Lieferkettenverantwortung wird auch in den Jahresberichten des weltgrößten Chemiekonzerns groß geschrieben. Doch wäre BASF seinen sich selbst auferlegten Verpflichtungen nachgekommen, hätte das Unternehmen die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen in Marikana, die zu dem tödlichen Streik führten, gegenüber Lonmin anmerken müssen. Auf die Frage, ob man nach dem Massaker eine Überprüfung der Situation vor Ort habe durchführen lassen, antwortete das Unternehmen, dass ein Audit in Auftrag gegeben worden sei. „Bei der Durchführung dieses



Mehr als Traumabewältigung

Das Bild, das die Witwen von Marikana gemalt haben, bringt die Zusammenhänge, in denen sie leben, auf den Punkt.

Audits haben wir festgestellt, dass ein großer Teil der im Farlam-Report genannten Defizite von Lonmin bereits abgearbeitet war. Verbesserungspotenzial haben wir vor allem in den Bereichen Umwelt und Sicherheit identifiziert“, so die Antwort der Presseabteilung. Sie lässt darauf schließen, dass zwar die Arbeitssituation in den Minen einer Überprüfung unterzogen wurde; die Lohnfrage sowie die Frage der Lebensbedingungen in den angrenzenden Siedlungen jedoch anscheinend nicht. Dies jedoch ist eine grundlegende Forderung auch von Brot für die Welt, denn nur so können mögliche Versäumnisse belegt und angemahnt werden. Denn trotz aller Floskeln, die BASF benutzt, um das Bild eines verantwortungsvollen Unternehmens von sich zu zeichnen, scheint es keine direkten Mahnungen an den Geschäftspartner gegeben zu haben, Konsequenzen aus dem Marikana-Massaker zu ziehen.

Brot für die Welt wird den Prozess weiter beobachten und steht im Dialog mit BASF auf der einen und der Bench Marks Foundation auf der anderen Seite. Ziel ist es, konkrete Forderungen zu formulieren und die nächsten Schritte gemeinsam zu erarbeiten. Geplant ist eine Reise von BASF-Vertreterinnen und –Vertretern nach Südafrika, unter anderem, um die Gegebenheiten vor Ort anzuschauen, nachdem Bischof Seoka den Vorstand bei der diesjährigen Aktionärsversammlung ein zweites Mal dazu aufgefordert hat, sich ein eigenes Bild von den Zuständen vor Ort zu machen. Ein erster Teilerfolg.

„Wir wissen nicht, was unsere Kinder morgen essen sollen“

Auf der Aktionärsversammlung von BASF in Mannheim berichteten zwei der Witwen von Marikana über ihre gegenwärtigen Lebensumstände. Wir dokumentieren ihre Reden in Auszügen.

Mehr Ausbeutung und erneutes Unrecht

„Mein Mann wurde beim Massaker von Marikana getötet. Ich arbeite jetzt bei Lonmin, ich putze dort den Hof, ich arbeite draußen unter der heißen Sonne, es ist staubig und windig. Ich arbeite für dieselbe Firma, die dafür gesorgt hat, dass mein Mann tot ist. Ich lerne bei dieser Arbeit nichts dazu, nichts, was mir irgendwann helfen würde. Einige andere Witwen arbeiten unter Tage, in der Mine. Sie arbeiten unter denselben gefährlichen Arbeitsbedingungen, denen ihre toten Ehemänner ausgesetzt waren: Es ist laut, es ist dunkel und es ist gesundheitsgefährdend.

Entweder man stirbt in der Mine, oder man geht zurück nach Hause, weil man krank wird, Tuberkulose und Silikose, dann wird man entlassen und stirbt zu Hause. Lonmin sagt mir, dass diese Jobs ein Entgegenkommen, ein gutes Angebot an mich seien – so hätte ich ein Einkommen, das auch mein Mann bekommen hat, so könne ich meine Kinder versorgen. Für mich war dieses Angebot schlicht die einzige Möglichkeit, meine Kinder zu ernähren. Ich hatte keine andere Wahl, als es anzunehmen. Sie zahlen nicht einmal das Gehalt, für das mein Mann vor drei Jahren gestorben ist.

So sieht es aus: Ich arbeite für Lonmin, der Betrieb zahlt mich dafür schlecht und sagt mir, ich solle dafür noch dankbar sein. Das ist keineswegs Kompensation, das ist viel mehr Ausbeutung und erneutes Unrecht.“

Ntombizolile Mosebetsane

Habe ich Lonmin gebeten, meinen Mann zu töten?

„Ich bin eine jener Witwen, die von Lonmin beiseite geschoben wurden. Lonmin zahlte die Beerdigungen unserer Männer, nachdem sie von Lonmin und der Polizei umgebracht worden sind. Ich habe Lonmin nach einer Entschädigung gefragt. Sie sagten mir, sie hätten mir schon die Beerdigung meines Mannes bezahlt, sie schuldeten mir nichts mehr. Ich frage mich: Habe ich Lonmin gebeten, meinen Mann zu töten? Seine Beerdigung zu zahlen, beantwortet diese Frage einer Entschädigung nicht.

Lonmin behauptet, dass sie den Familien der Angestellten, die getötet wurden, Jobangebote gemacht haben. Sie sagen, dass mein Mann, der in einem Schacht von Lonmin gearbeitet hat, bei einer anderen Firma angestellt war. Lonmin sagt, sie werden mir nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebenen Zahlungen nach einem Todesfall auszahlen, die sie den Angehörigen der direkt Angestellten gezahlt haben. Sie werden mir auch keinen Job geben. Sie sagen mir, ich müsse mit der anderen Firma sprechen – niemand aber weiß, wer diese andere Firma überhaupt sein soll.



Kämpft um Anerkennung
Ntombizolile Mosebetsane fordert eine Entschädigung für das Unrecht, das ihr zugefügt wurde.



Entrüstet Da Agnes Makopano Thelejanes Mann bei einem Subunternehmen angestellt war, ist sie noch schlechter gestellt als die anderen Witwen von Marikana.

Die Lage für uns, die wir von Lonmin ausgeschlossen wurden, sieht so aus: Wir wissen nicht, was unsere Kinder morgen essen sollen. Wir leben an der absoluten Armutsgrenze. Unsere Nachbarn müssen uns oft mit dem Notwendigsten versorgen. Wir können nicht mal Schuluniformen für unsere Kinder kaufen. Wir können unsere Häuser nicht reparieren. Wenn es regnet, ist alles nass.“

Sie, BASF, sie sagen, sie vertrauen ihrem Partner in der Platinproduktion, Lonmin, wenn Lonmin sagt, dass jetzt, nach dem Massaker, alles wieder gut ist. Sie sind nicht zu uns gekommen um uns, die betroffenen Familien, zu fragen, wie unser Leben aussieht. Sie sagen, sie werden Lonmin helfen, die Werksfeuerwehr zu verbessern – someinen sie, ihrer Unternehmensverantwortung gerecht zu werden. Wir antworten darauf: Was hat das mit uns zu tun, wie soll uns das helfen? Wir fragen sie: Was haben Sie vor, um unsere Situation zu verbessern und unsere Familien zu unterstützen? Wie gedenken Sie uns und unseren Familien zu helfen, nachdem unsere Ehemänner und Angehörigen von Lonmin, ihrem Platinlieferanten, ermordet wurden? Wie soll unsere menschliche Würde wieder hergestellt werden?“

Agnes Makopano Thelejane

„Gesetze könnten helfen“

Bischof Johannes Seoka, Vorstandsvorsitzender der Bench Marks Foundation, tritt öffentlich für die Interessen der Witwen von Marikana ein. Im Interview spricht er über seine Rolle und seine Forderungen an die Politik.

Bischof Seoka, Sie wurden von den Minenarbeitern und den Witwen von Marikana als Repräsentant ausgewählt. Was ist Ihre genaue Rolle und wie lauten Ihre Forderungen?

Die Minenarbeiter haben den Generalsekretär der Gewerkschaft AMCU Joseph Mathunjwa, den Anwalt Dali Mpofu und mich gebeten, sie in allen Angelegenheiten zu vertreten, die das Massaker von Marikana betreffen. Seitdem haben wir zum einen Gedenkfeiern organisiert, um die zu würdigen, die von der Polizei am 16. August 2012, wie auch davor und danach, getötet wurden. Außerdem stellen wir Forderungen an Lonmin, den Staat und an die Geschäftspartner von Lonmin. In erster Linie fordern wir Entschädigungen für die Hinterbliebenen. Wir glauben, dass die Witwen und die Halbweisen einen finanziellen Ausgleich für den Verlust ihres Ernährers bekommen sollten.

Im April 2016 sind Sie unter anderem mit zwei Repräsentantinnen der Witwen von Marikana durch Deutschland, die Schweiz und Österreich gereist, um über die Situation in Marikana zu berichten. Die letzte Station der Reise war die Aktionärsversammlung von BASF in Mannheim, auf der Sie bereits im Mai 2015 sprachen. Welche Forderungen haben Sie in Ihren Redebeiträgen gestellt?

Unsere Forderung auf der BASF-Hauptversammlung war, dass das Unternehmen Druck auf Lonmin ausübt, die betroffenen Familien zu entschädigen, da BASF der größte Geschäftspartner und Kunde von Lonmin ist. Wir haben die Verantwortlichen aufgefordert, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Denn egal aus welchem Winkel man es betrachtet, sie sind die Helfer für das, wofür Lonmin schuldig befunden wurde.

Was ist Ihr Eindruck: Ist BASF bereit, mit Ihnen und den Minenarbeitern zu kooperieren?

Ich denke nicht, dass BASF gewillt ist, wirklich mit uns zu kooperieren, sie möchten in der Öffentlichkeit nur diesen Eindruck erwecken. Denn viele Aktionärinnen und Aktionäre stellen mittlerweile unangenehme Fragen aufgrund unserer Auftritte bei den Versammlungen.

Welche Wirkung hatte Ihrer Meinung nach die Vortragsreise?

Die Vortragsreise war wichtig, um bei den Aktionärinnen und Aktionären sowie der Öffentlichkeit in Europa ein größeres Bewusstsein für das Thema zu schaffen. BASF sorgt sich nun um seinen Ruf als ein Unternehmen, das sich öffentlich der Unternehmensverantwortung verpflichtet hat. In Südafrika übt die Vortragsreise Druck auf Lonmin aus, sich der Forderungen anzunehmen, die die Gewerkschaft AMCU als Vertreterin der Minenarbeiter



Prominenter Fürsprecher

Bischof Seoka setzt seine Autorität schon seit Jahren dafür ein, Aufmerksamkeit auf die Belange der Witwen von Marikana zu lenken.

stellt. Außerdem verbindet die Kampagne verschiedene Aktivisten und Organisationen, Kirchen und Parlamentarier in Europa und Südafrika, genau so, wie es während der Apartheid-Ära auch geschah. Heute ist es ein ökonomischer Kampf, da die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird.

Welche Empfehlungen haben Sie an politische Entscheidungsträger in Deutschland zum Thema „menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen“?

Es würde helfen, wenn es ein Gesetz gäbe, das Unternehmen bestraft, wenn sie Arbeiter ausbeuten – oder wenn sie Arbeiter im Ausland anders behandeln als deutsche Arbeiter. Wir haben beobachtet, dass die meisten europäischen Unternehmen sich in Afrika, anders als in ihren Heimatländern, nicht an ihre ethischen Verhaltenskodizes halten. Also erwarten wir von Regierungen, dass sie Mechanismen einrichten, die es erlauben, Unternehmen zu kontrollieren und zur Verantwortung zu ziehen.

Ist die Situation des Bergbausektors exemplarisch für die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen in Südafrika?

Die Bergbauindustrie ist nicht exemplarisch für alle Wirtschaftszweige. Für die Arbeiter ist sie das größte Übel. Dies ist ein strukturelles Problem und stammt noch aus der Zeit der Apartheid. Damals waren im Bergbau vor allem Wanderarbeiter tätig. Im Vergleich zu anderen Ländern, in denen Rohstoffe abgebaut werden, wie Australien oder Großbritannien, ist es hier besonders schlimm. Die Lebensbedingungen sind und bleiben fürchterlich und die Arbeitsbedingungen gefährlich. Im Gegensatz zur Behauptung einiger Unternehmen arbeiten Menschen nur in den Minen, weil es keine anderen Jobs gibt. Hätten sie die Wahl, würden sie woanders arbeiten, unter besseren Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen.

Was erwarten Sie von deutschen Partnern wie Brot für die Welt?

Unsere deutschen Partner können helfen, indem sie öffentlich die Forderung nach einem ethischerem Verhalten von Unternehmen erheben.

„BASF hätte schon längst reagieren müssen“

Sarah Lincoln ist bei Brot für die Welt Referentin für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Im Interview spricht sie über die soziale Verantwortung von Unternehmen – und die Schwierigkeiten, sie für Menschenrechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen.

Frau Lincoln, erst einmal grundsätzlich: Können Unternehmen international strafrechtlich verfolgt werden? Und wie sieht das in Deutschland aus?

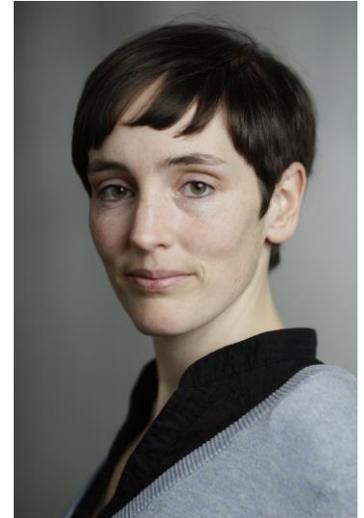
Nein, bislang gibt es keinen internationalen Gerichtshof, der Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung ziehen kann. In Deutschland können sich nur Menschen strafbar machen, aber keine Unternehmen. Eine Strafanzeige müsste sich daher gegen den Manager eines Unternehmens richten. Das Unternehmen kann nur eine Ordnungswidrigkeit begehen und dafür Strafe zahlen. Das Hauptproblem ist aber derzeit, dass es keine klaren gesetzlichen Pflichten für Unternehmen gibt, auch in Tochterunternehmen und bei Zulieferern für die Einhaltung der Arbeits- und Menschenrechte zu sorgen. Daher ist es auch sehr schwer, sich vor Gericht auf einen Rechtsverstoß zu berufen.

Es gibt internationale Leitprinzipien, zum Beispiel der Vereinten Nationen, die Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen verhindern sollen. Doch die haben offenbar bislang wenig bewirkt. Woran liegt das?

Die UN-Leitprinzipien enthalten zwar sehr gute Empfehlungen an Staaten und Unternehmen, sind aber kein verbindliches Völkerrecht. Das heißt, sie entfalten erst dann Wirkung, wenn Regierungen die Vorgaben umsetzen und die Unternehmen in die Pflicht nehmen. Dies geschieht bislang nur unzureichend. Erst wenige Länder haben Aktionspläne zur Umsetzung der Leitprinzipien entwickelt, zudem beschränken sich die existierenden Aktionspläne auf unverbindliche Appelle an die Unternehmen, in ihren internationalen Geschäften auf die Menschenrechte zu achten. Das heißt im Ergebnis, dass Unternehmen keinerlei Konsequenzen zu befürchten haben, wenn sie an Menschenrechtsverletzungen im Ausland beteiligt sind. Es ist daher kaum verwunderlich, dass bislang nur sehr wenige Unternehmen die in den Leitprinzipien empfohlenen Sorgfaltsprozesse umsetzen.

Aktuell wird der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte von der Bundesregierung erarbeitet. Was soll dieser Plan bewirken?

Eigentlich soll der deutsche Aktionsplan dafür sorgen, dass deutsche Unternehmen künftig dafür Sorge tragen, dass sie selbst, ihre Tochterunternehmen und ihre Zulieferer nicht an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind und dass Betroffene von Menschenrechtsverletzungen die Unternehmen zur Rechenschaft ziehen können. Das klappt aber nur, wenn die Bundesregierung klare Vorgaben macht. Beispielsweise sollten staatliche Stellen nur an



Expertin Sarah Lincoln erläutert die Schwierigkeiten, Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen haftbar zu machen.

solche Unternehmen Aufträge vergeben, die ein hohes Maß an menschenrechtlicher Sorgfalt aufweisen. Es müsste zudem eine gesetzliche Sorgfaltpflicht eingeführt werden, zumindest für größere Unternehmen. Ein solches Gesetz ist derzeit in Frankreich im Gesetzgebungsverfahren.

Leider sieht es aktuell danach aus, als würde sich die Bundesregierung auf unverbindliche Empfehlungen an die Unternehmen beschränken und auch die eigenen Einflussmöglichkeiten ungenutzt lassen, zum Beispiel bei öffentlichen Unternehmen, bei der Auftragsvergabe, oder bei Subventionen und Krediten. Bleibt es so, wird der Aktionsplan ein ziemlich zahnloser Papiertiger.

Sie waren an dem Prozess beteiligt. Wie sah diese Beteiligung aus und wie bewerten Sie diese selbst?

Das Auswärtige Amt hat einen sehr partizipativen Prozess aufgesetzt mit monatlichen Steuerungsgruppentreffen und elf ganztägigen Expertenanhörungen. Brot für die Welt hat das Forum Menschenrechte in der Steuerungsgruppe vertreten, an der Organisation der Expertenanhörungen mitgewirkt und sich dort mit Forderungen eingebracht. Leider ist der Prozess vollkommen intransparent geworden, seitdem die Bundesregierung den Text des Aktionsplans diskutiert, die Anregungen aus der Konsultationsphase sind offensichtlich überwiegend in Vergessenheit geraten. Hinter den Kulissen hat die Wirtschaft anscheinend einen sehr viel größeren Einfluss ausüben können als die Zivilgesellschaft über die offiziellen Kanäle. Diese Art von Beteiligung kann sich die Bundesregierung künftig sparen.

Im Fall BASF-Lonmin und bezüglich der Ereignisse in Marikana: Hat BASF seine Verantwortung in Bezug auf die Lieferkettenüberprüfung vernachlässigt, wie schätzen Sie das ein?

Ja, BASF ist viel zu lange inaktiv gewesen. Das Unternehmen hätte eigentlich schon vor dem Massaker mitbekommen müssen, dass es massive Arbeitskonflikte gibt, und auf eine friedliche Lösung drängen müssen. Spätestens nach den schrecklichen Ereignissen hätte BASF aber reagieren und die Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort untersuchen müssen. Zudem hätte BASF auf den Geschäftspartner Lonmin Einfluss ausüben und auf eine angemessene Entschädigung sowie die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen zum Beispiel beim Häuserbau drängen müssen. Immerhin kauft BASF 80 Prozent des dort abgebauten Platins. Da ist es inakzeptabel, die Situation der Arbeiter einfach zu ignorieren.

Stehen Sie im Dialog mit BASF? Was sind Ihre Forderungen?

Ja, wir stehen im Dialog und fordern BASF auf, eine vernünftige Risikoanalyse zu machen, mit Gewerkschaften und Arbeitern zu sprechen und auch den Druck auf Lonmin zu erhöhen, damit endlich die Witwen und Waisen entschädigt werden, aber auch damit sich die Lebens- und Arbeitssituation in Marikana verbessert und es nicht noch einmal zu einer Eskalation kommt. Bei BASF ist mittlerweile durch die Aufmerksamkeit der Presse etwas Bewe-

gung zu verzeichnen, nun bleibt abzuwarten, wie ernst es das Unternehmen mit der Lieferkettenverantwortung meint.

Denken Sie, dass es sinnvoll ist, dass Unternehmen in einen Fonds einzahlen, dessen Erlös der lokalen Bevölkerung zugute kommt?

Ich denke ein Fonds kann sinnvoll sein, wenn er gut genutzt wird und eine nachhaltige Verbesserung der Situation bewirkt. Keinesfalls kann sich ein Unternehmen aber einfach durch Geldzahlung von der weiteren Verantwortung freikaufen. Viel zentraler sind die kontinuierliche Überprüfung der Situation vor Ort, der Dialog mit Betroffenen und die Bemühungen um eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.



Stichwort

Menschenrechte und Frieden

Mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte werden derzeit auf der Welt geführt. Hunderttausende Tote sowie Millionen Verwundete und Flüchtlinge sind die Folge. Doch nicht nur das: Ein Krieg wirft ein Land oder eine Region oft um Jahre oder gar Jahrzehnte zurück. Eine der Ursachen für bewaffnete Konflikte ist die Missachtung der Menschenrechte. In vielen Ländern dieser Erde werden die Rechte der Armen und Ausgegrenzten mit Füßen getreten – oft genug auch von staatlichen Stellen. Günstlingswirtschaft, Korruption und fehlende Rechtssicherheit verhindern, dass Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen können.

Die Wahrung der Menschenrechte und die Sicherung des Friedens zählen zu den zentralen Zielen der Arbeit von Brot für die Welt:

- Wir stehen Menschen bei, die Opfer von staatlicher Gewalt und Willkür geworden sind.
- Wir fördern den Dialog zwischen den Religionen und die Versöhnung verfeindeter Volksgruppen.

Denn eins ist klar: Ohne die Einhaltung der Menschenrechte und dauerhaften Frieden kann die weltweite Armut nicht überwunden werden.

Medienhinweise

I. Literatur

KASA et. al.: **Plough back the fruits. Im Kampf um Gerechtigkeit und Restitution. Die Bodymaps der Witwen von Marikana** Die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) hat einen zweisprachigen Katalog zur Ausstellung der Bilder der Witwen von Marikana in Wien im April 2016 erstellt. Die Ausstellungseröffnung stand am Beginn einer Rundreise der Witwen von Marikana, die in Mannheim auf der Hauptversammlung von BASF ihren Höhepunkt fand.

Jakob Krameritsch (Hg.): **Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika** Der Band sammelt die in der zeitnahen Berichterstattung marginalisierten Stimmen der Arbeiterinnen und Arbeiter von Marikana. (2013).

Brot für die Welt (Hg.): **Schwellenländer. Arm und reich zugleich. Im Fokus 01/2016** (DIN A 4, 44 Seiten, Artikelnummer 119 108 990, kostenlos).

Brot für die Welt (Hg.): **Mit Recht für mehr Gerechtigkeit. Profil 17** (DIN A 4, 32 Seiten, Artikelnummer 129 501 890, kostenlos).

II. Filme

Rehad Desai: **Miners shot down** wurde 2015 mit dem International Emmy Award als bester Dokumentarfilm ausgezeichnet. Trotzdem weigert sich das südafrikanische Fernsehen bis jetzt den Film auszustrahlen. Der Film mit deutschen Untertiteln kann bei der KASA erworben werden.

Das Evangelische Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit (EZEf) und die evangelischen Medienzentralen helfen Ihnen weiter, wenn Sie Filme zu Thema und Land suchen. Weitere Informationen, didaktische Hinweise, Auskünfte über die Verleihbedingungen sowie den Filmkatalog erhalten Sie hier: EZEf, Kniebisstr. 29, 70188 Stuttgart, Telefon 0711 28 47 243, info@ezef.de, www.ezef.de

III. Materialien zum Projekt

Fotoserie (10 Fotos, Artikelnummer 119 311 280) Fotos im Format 20x30 cm mit Texten zum Gestalten einer Ausstellung, Schutzgebühr 5 Euro.

PowerPoint-Präsentation Kostenloser Download unter www.brot-fuer-die-welt.de/projekte/bmf

Faltblatt (6 Seiten, DIN lang, Artikelnummer 116 202 156) zur Auslage bei Veranstaltungen und Spendenaktionen.

IV. Weitere Projekte zum Thema

Tschad: Der Fluch des schwarzen Goldes

www.brot-fuer-die-welt.de/asnga

Serbien: Hoffnung für die Heimatlosen

www.brot-fuer-die-welt.de/projekte/eho

Russland: Mehr als ein Dach über dem Kopf

www.brot-fuer-die-welt.de/projekte/nochlezhka

V. Internet

www.brot-fuer-die-welt.de Hier finden Sie ausführliche Informationen zu Projekten, Wissenswertes zu aktuellen Aktionen und Kampagnen sowie hilfreiche Anregungen für die Unterrichtsgestaltung.

www.brot-fuer-die-welt.de/mediathek In unserer Mediathek finden Sie Projektfilme und TV-Spots, Audiobeiträge und Präsentationen sowie Podcasts zu developmentspolitischen Themen.

<https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/suedafrika-russland-zivilgesellschaft-druck> Der Artikel vergleicht die Situation der Zivilgesellschaft in den beiden BRICS-Staaten.

www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54809/suedafrika Der Text aus dem Dossier „Innerstaatliche Konflikte“ zeichnet die Entwicklung Südafrikas seit dem Ende der Apartheid nach und liefert ausführliche Literaturangaben.

<http://basflonmin.com/home/de> Die Website fasst die Bemühungen der Witwen von Marikana und der NGOs an ihrer Seite zusammen, eine Übernahme der Verantwortung für das Massaker durch BASF, Lonmin und die südafrikanische Regierung zu erreichen.

www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Suedafrika_node.html Neben allgemeinen Länderinformationen bietet das Auswärtige Amt aktuelle Reise- und Sicherheitshinweise für Südafrika.

www.liportal.de/suedafrika Auf den Seiten der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) finden Sie umfangreiche Informationen und Links aktuellen zu Nachrichten aus Südafrika.

www.epo.de Entwicklungspolitik Online informiert über aktuelle Themen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit.

www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/sf.html Aktuelle Zahlen und Fakten zu Südafrikaliefert das CIA World Factbook (in englischer Sprache).

www.entwicklungsdienst.de Der Arbeitskreis „Lernen und Helfen in Übersee e.V.“ (LHÜ) ist das zentrale Portal für soziales Engagement weltweit.

VI. Bestellhinweise

Sämtliche Materialien von Brot für die Welt erhalten Sie bei:
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Zentraler Vertrieb,
Karlsruher Str. 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen, Tel: 0711 2159 777, Fax:
0711 7977 502; E-Mail: vertrieb@diakonie.de.

Unsere Preise enthalten sämtliche Preisbestandteile einschließlich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Bei Bestellungen kostenpflichtiger Artikel berechnen wir bis zu einem Bestellwert von € 24,99 zusätzlich eine Versandkosten-Pauschale in Höhe von € 2,95. Artikel mit einem höheren Bestellwert sowie kostenlose Artikel werden kostenfrei verschickt.

Ihre Spende hilft

Ihnen liegen Menschenrechte und Frieden am Herzen? **Sie möchten das Projekt „Nicht reden – handeln!“ unterstützen?** Dann überweisen Sie bitte Ihre Spende mit dem Stichwort „Menschenrechte und Frieden“ auf folgendes Konto:

Brot für die Welt

Bank für Kirche und Diakonie

IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00

BIC: GENODED1KDB

Wenn mehr Spenden eingehen, als das Projekt benötigt, dann setzen wir Ihre Spende für ein anderes Projekt im Bereich Ernährung ein.

Partnerschaftlich

Um wirkungsvoll zu helfen, arbeitet Brot für die Welt eng mit erfahrenen, einheimischen – oft kirchlichen oder kirchennahen – Organisationen zusammen. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennen die Verhältnisse und die Menschen vor Ort, sie wissen daher um ihre Schwierigkeiten und Bedürfnisse. Gemeinsam mit den Betroffenen entwickeln sie Projektideen und setzen diese um. Von Brot für die Welt erhalten sie finanzielle und fachliche Unterstützung.

Verantwortlich

Transparenz, gegenseitiges Vertrauen, aber auch regelmäßige Kontrollen sind maßgeblich für eine gute Zusammenarbeit. Die Partnerorganisationen von Brot für die Welt sind daher gehalten, jährliche Projektfortschritts- und Finanzberichte vorzulegen. Diese werden von staatlich anerkannten Wirtschaftsprüfern nach internationalen Regeln testiert.

Den verantwortlichen Umgang mit Spendengeldern bestätigt das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) Brot für die Welt jedes Jahr durch die Vergabe seines Spendensiegels.

Haben Sie Fragen zu Ihrer Spende?

Dann können Sie sich gerne an unsere Mitarbeitenden wenden:

Brot für die Welt

Serviceportal

Postfach 40 1 64

10061 Berlin

Telefon 030 65211 1189

service@brot-fuer-die-welt.de